

abends

Werbung:
Ausgabe A mit Mutter, Beilage vierseitig
8,20 M. In Dresden und ganz Deutschland
bei **Haus 8,80 M.** in Sachsen
8,40 K.
Ausgabe B vierseitig 2,50 M. in
Dresden und ganz Deutschland bei **Haus**
8,- M. in Sachsen 5,50 K.
Spiel-Rummel 10,- J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen
Wochentagen häufiger.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion:
Dresden - II. 16, Halbeinstraße 48

Telefonnummer 21 388
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14787

Anzeigen:
Abnahme von Werbeträgern bis 10 Uhr,
bis 11 Uhr abgegangen die 11 Uhr kann.
Preis für die Preis-Spender 40 J. im Jahr
mit 1 M. Rummel-Zeitung 80 J.
Für unbekannt gebliebenen, sonst durch Vermisster aufgegebenen Menschen kann man die
Bezeichnungsfeststellung bis zu 1000 J. verlangen.
Schließung der Redaktion:
11 - 12 Uhr vermissen.

Einzigste katholische Tageszeitung zu Sachsen.
Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Petersabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Die Vergewaltigung in der Volkskammer.

Dresden, 5. Juni.

Ein Blick in den Saal bietet kein erhebendes Bild. Auf der Tagesordnung aber steht die Schulfrage. Über die Wichtigkeit ist kein Wort zu verlieren. Gewiß auch bei den Sozialisten zeigen sich starke Lücken. Aber fast ebenso schwach sind die Bänke der bürgerlichen Parteien besetzt. Am Regierungsthron thront Herr Buck auf dem Stoff des Ministerpräsidenten. Der Vater des religiösen Übergangsgesetzes für das Volkschulwesen, Abg. Arzt erstattet den Bericht des Lehrgebungsausschusses. Keine neuen Gesichtspunkte. Er hat ja auch seine Meinung ausgiebig im gedruckten Bericht niedergelassen, den wir gestern besprochen haben. Zum Schluß muß er dann noch von einer Reihe von Protesten Kenntnis geben, die inzwischen eingelaufen waren. Monoton las er sie vor und wir können es ihm nachfühlen, daß ihm das gerade in dem Augenblick nicht angenehm war. Erfreulicherweise kam dabei auch im Plenum zu Gehör, daß vor allem das katholische Volk entschieden protestiert. Auch einer von den Abgeordneten horchte auf, als er hörte, daß da Proteste des katholischen Kastus in Glauchau, der jungen katholischen Gemeinde in Bärenstein usw. eingetroffen waren.

Größeres Interesse werden die mit großer Lebhaftigkeit vorgetragenen Ausführungen des Mitberichterstatters, des Demokraten Dr. Barge. Die Aufmerksamkeit im Saale wächst etwas. Man fühlt auch auf der Tribüne, wie sich hier zwei Fronten schroff gegenüberstehen. Denn von den bürgerlichen Parteien wagt es niemand, auch nur einen Finger für die volle Vergewaltigung des christlichen Volkes zu rühren, wenn auch, vor allem auf freisinniger Seite, starke Antipathien gegen die konfessionelle Säule, mindestens aber doch wenig Sympathien dafür vorhanden sind. Aber völlig vergewaltigt! Nein! Das zu tun, bleibt Vorrecht der in diesem Halle vereinigten sozialdemokratischen Parteien unter Führung ihres Arztes, dessen Arzneien sie so willig schlucken. Wohl bekommt!

Sittliche Gröbel! Karl Kautsky sagt in seinen Erörterungen über das Erfurter Programm, die sozialistische Gesellschaft werde „das glänzendste Gemeinwohl, das die Geschichte bisher kennt, an sittlicher Größe und materieller Wohlfahrt weit übertreffen“. Als das glänzendste Gemeinwohl, das die Geschichte bisher kennt, sieht Kautsky Athen an, an dem er nur die Sklavenwirtschaft verurteilt. Soll die heutige gesetzlich festgelegte Vergewaltigung des christlichen Volkes vielleicht sittliche Größe sein? Nein, sie ist das Gegenteil davon und schafft Heloten auf kulturellem Gebiete. Kautsky sagt: „Glücklich jeder, dem es beschieden, seine Kraft einzusetzen im Kampfe für die Verwirklichung dieses herrlichen Ideals!“ Wir beneiden die Sozialisten nicht um dieses Glück, das sie nun in vollen Zügen ausüben wollen — ein reines Glück ist es nicht, das werden sie wohl heute schon gemerkt haben. Aber gleichzeitig; das Parteidokument muß erfüllt werden, solange sie an der Macht sind — denn, so schrieb der Sozialist Hermann Remmeli, „die sozialistische Bewegung hat ein hohes Interesse daran, daß die religiösen Denksformen so bald als möglich verschwinden“.

Aloho der demokratische Mitberichterstatter Dr. Barge legte den Standpunkt der Minderheit dar. Er ging dabei mit Herrn Arzt sehr scharf um und machte ihm den Vorwurf, daß überhaupt Erwägungen durch seinen Antrag abgedrängt seien. Er stellte fest, daß die Gegengründe der Minderheit nicht in den gedruckten Bericht genügend hineingekommen sind. (Dieser Bericht ist vom Abg. Arzt verfaßt.) Dr. Barge betonte, daß die Religion zu den Grundrechten gehört, auf die unser ganzes Kulturerbe beruht. Weiter pries er auf den Konflikt mit dem Reiche hin. Er bat um Annahme der Minderheitsanträge, um einer Vergewaltigung der Gewissen und einem Übermaß staatlichen Zwanges vorzubeugen. Der Mehrheitssozialist Lange hielt eine große Philippika: Es handle sich um kein Gesetz, sondern um Grundzüge, die der Regierung zur Ausarbeitung eines Gesetzes übergeben würden. Die Tendenz könne er natürlich nicht ablehnen. In unglaublicher Weise ging er gegen die Direktoren vor, in einer Weise, die auch für die Lehrerhaft alles andere denn schmeichelhaft war. Er erregte daher bei den auf der Tribüne zahlreich anwesenden Lehrern große Heiterkeit. Dass das Christentum bei Herrn Lange schlecht abschnitt, braucht kaum besonders betont zu werden. Herr Lange wünscht, daß das Reich sich nach den Grundzügen Sachens richten soll, nicht umgekehrt.

Unter größter Aufmerksamkeit sprach dann der Vertreter der deutznationalen Fraktion, Herr Professor Dr. Rendtorff, der vor allem betonte, daß es sich um einen

stumpf der Weltomissionen handele. Es soll eine willkürliche Vergewaltigung der Minderheit vorgenommen werden. Man habe im Lehrgebungsausschuß den Einfluß gehabt, daß eine die andere zu erwürgen drohte. Das Gesetz sollte dazu benutzt werden, die Religion mit einem Schlag zu besiegen. Der Abg. Arzt habe in einer Versammlung es ja ausgesprochen, daß vor allem politische Gesellschaften maßgebend seien. Den Bericht des Abgeordneten Arzt bezeichnete er als sehr stark gefärbt; er entspreche nicht der Objektivität. Abg. Rendtorff kam dann auf die konfessionelle Gliederung zu sprechen. In dankenswerter Weise nahm er sich dabei der

katholischen Schulen

an. Er wies zuerst auf die so überaus große Zahl der Proteste des katholischen Volkes hin. Das ganze Haus horchte auf. Die Katholiken hätten sich eine moderne Volksschule geschaffen, so z. B. in Dresden eine ausgezeichnete Mädchenfortbildungsschule. Was die Katholiken geschaffen haben, sei eine

Kulturleistung von erheblicher Bedeutung.

Es sei wirklich nicht gering zu achten, wenn so für die von überall zugezogenen Katholiken gesorgt worden sei. Er fragte die Sozialisten: Wollen Sie diese Erziehungsgemeinschaft unwillig zerstreuen? Das sei eben die äußerste Intoleranz, gegen die man sich wenden müsse. Man habe es auf die planmäßige Ausrottung der Religion abgesehen. Dann rechnete er in ruhiger und sachlicher Weise mit den tödlichen Schlagwörtern der Sozialisten ab. Besonders nahm er gegen den Moralunterricht Stellung. Wuchtige Anklagen waren es, die den Sozialisten da entgegen hallten. Abg. Rendtorff bezeichnete mit Recht den Moralunterricht als das, was er ist, nämlich als sozialistischen Religionsunterricht.

Der demokratische Abg. Bartsch Kruspe sprach dann für seine Fraktion. Als er bemerkte, daß auch die Sozialdemokraten den Protest gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts unterschrieben hätten, wurden die Sozialdemokraten sehr unruhig. Seine übrigen Ausführungen waren nicht immer klar. Die konfessionelle Schule gab er auf und trat dafür für konfessionelle Klasse ein. Am Schlusse meinte er, die Sozialisten sollten das Christentum nicht als feindliche Macht ansiehen. Da wurde ihm zugespielt: Doch, und ein Unabhängiger schrie: Wie Feuer und Wasser. Sehr richtig war es, wenn Herr Kruspe sagte, es gebe nicht nur einen Imperialismus der Völker, sondern auch der Parteien, der andere Volksteile vergemachten kann. Die Geschichte gebe aber das Echo: Welche denen, die ihren Sieg mitbrauchen!

Hiernach trat der unabhängige Müller-Leipzig auf, der erklärte, daß es in diesem Weltanschauungskampf gar keine Verständigung gebe. Die Politik der Nationalversammlung macht ihm schwere Sorgen, denn dort sei das Zentrum Triumph. Er hat namens seiner Partei die Regierung, gründlich und schnell zu arbeiten und schon nach Pfingsten das Gesetz vorzulegen. Abg. Dr. Kaiser (Deutsche Volkspartei) protestierte scharf gegen den Punkt, wies z. B. darauf hin, daß katholische Lehrer, die wirklich gläubig seien, sich einem solchen Zwange nicht fügen könnten. Das bevorstehende Gesetz politisierte die Kinder. Sehr unruhig wurde die Mehrheit, als Dr. Kaiser vom Widerstand sprach. Er konnte daraus erwidern, daß man doch auch etwas von den Sozialdemokraten gelernt habe. Er hoffte immer noch, daß die Regierung die Führung übernehme, sich nicht führen lasse, und den Anträgen die Zähne ausbrechen werde, die die Gewissen verletzen.

Abg. Jochen (Demokrat) hält es auch für notwendig, daß in der Schule die Religion gelehrt wird. Als Schuldirektor behandelte er dann vor allem Fachfragen. Trotzdem er vom demokratischen Vizepräsidenten zur Stärke gemacht und zur Sache gerufen wurde, blieb er weitweisig und sprach tatsächlich stundenlang. Schließlich hatte er kaum mehr als 20 Abgeordnete zu seinen Füßen sitzen. Es wurde ihm mit Recht gesagt, daß für solche Auseinandersetzungen der Ausschluß dose. Es half aber nichts, der Redestrom über Kompetenzfragen zwischen Direktoren und Lehrern z. B. ging munter weiter.

Um 1/2 Uhr ergriff endlich Herr Kultusminister Buck das Wort. Sofort füllte sich das Haus. Herr Buck zog es vor, sich kurz zu fassen. Er sprach von der Bedeutung der Frage, von den Richtlinien, die die Volkskammer für die Arbeit der Regierung geben wolle und kam dann auf den Punkt zurück, daß möglichst rasch der Entwurf eines Schulnotgeiges vorgelegt werden solle. Herr Buck erklärte, daß werde eine schwierige Aufgabe sein. Aber er verbogte sich vor seinen Freunden und sagte, er werde einen Ver-

trag machen. Während die Abgeordneten in den Pausenferien weiter werde er und seine Mitarbeiter die Materie zu einem Bericht umformen. Vor dem 30. Juni könne jedoch das Gesetz dem Kabinettsministerium nicht vorgelegt werden. Dann müsse die Prüfung erfolgen, so daß die Sache mindestens die Kammer am 24. oder 25. Juni wieder behandelt werden könnte. Was die Anträge des Lehrgebungsausschusses angehe, so seien sie für die Regierung nicht unbedingt bindend zu nennen. Änderungen seien notwendig, in vielleicht sogar Ausbau, und nun komme. Die Frage des Religionsunterrichtes müsse zunächst ausscheiden. Der unabhängige Abgeordnete Müller rief:

„Herr Buck betrifft das, daß ein Blüdzug sei, wenn auf die Veränderungen in Sachen um und die Möglichkeiten, daß unter Umständen dann Änderungen in kurzer Zeit vorgenommen werden müßten. Er vertröstete seine sozialistischen Freunde auf Ostern 1920 und wies auch auf die Veränderungen des Verbündeten hin. Dann kam ein Widerspruch. Herr Buck erklärte, er habe den Autoren einen ihrerzeit Mitteilung davon gemacht, daß sie zur Verhandlung bei dem Saal gezeigt herangezogen würden. Darauf, daß das Schulrecht nun schnell geschaffen werden müsse, sei ihm die Ausführung dieses Berichtes unbedingt gemacht, er müsse das sagen, damit man nicht behaupten könne, er habe kein Versprechen leidet. Er sei eine ganze Reihe von Mörderparteien, so die Bürgermeister, die katholischen Schulvorstände nun, dieerhalb an ihn herangetreten. Es sei unverständlich, sie könnten verantworten. Nach Beantwortung von zwei Fragen, die uns hier weniger interessieren, beantwortete er, er wolle heute auf die Frage der Belassung des Religionsunterrichtes nicht eingehen. Er sei sich der Pflicht bewußt, das zu verantworten, was im Gesetz enthalten sein werde. Er wolle niemanden einen Willen aufzwingen. Alles, was getan werde, gehe nur von dem einen Wunsche aus, dem Vaterlande, dem Kind und der Schule einen Dienst zu erweisen. Nach diesen schönen Worten, die im übereinstimmung zu seinem Widerstand sprachen, nahm der Minister wieder Platz. Ein Schlußantrag wurde angenommen, der Berichterstatter Arzt versuchte noch eine Kürzerrede zu halten, wurde aber vom Präsidenten nicht aus darauf aufmerksam gemacht, daß das nicht seine Aufgabe sei als Berichterstatter. Nun kam die Abstimmung.

Es wurde über die einzelnen Punkte zuerst getrennt abgestimmt. Der Minderheitsantrag, daß die besondere Bedürfnisse dafür bestehen, Schulen konfessioneller Minderheiten als allgemeine Volksschulen bis auf weiteres bestehen können, wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien abgelehnt. Auch die Demokraten stimmten gegen die konfessionelle Schule. Ebenso wurde der Antrag Dr. Rendtorffs, daß der in Übereinstimmung mit den Lehren der betreffenden Religionsgemeinde zu erteilende Religionsunterricht ordentlicher Lehrgegenstand der Schule sein soll, abgelehnt, und zwar ebenfalls mit Hilfe der Demokraten. Ebenfalls stimmten die Demokraten gegen den Antrag des Abg. Bentler, daß die Frage des Religionsunterrichtes aus dem Übergangsgesetz ausziehen sei.

Der Antrag des Lehrgebungsausschusses:

Aller Unterricht soll gesinnungsbildend wirken. Religionsunterricht wird in der allgemeinen Volksschule nicht erteilt, vielmehr findet in den letzten beiden Schulstufen eine sittliche Unterweisung in wöchentlich zwei Stunden statt. wurde mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen gegen die Stimmen der sämtlichen bürgerlichen Parteien angenommen. Natürlich wurde auch der Antrag Rendtorffs, die Errichtung von Privatschulen im bisherigen Umfang frei zu lassen, abgelehnt und der Antrag der Vergewaltigungswilligkeit, daß die jetzt bestehenden Privatschulen über ihren Rahmen nicht erweitert werden dürfen, sondern vielmehr abgebaut werden müssen, angenommen.

Die weiteren Punkte über die Fortbildungsschule, die Selbstverwaltung, den Schulvorstand, die Personal- und Disziplinararbeiten und die Seminarreform wurden teils einstimmig, teils von der sozialdemokratischen Mehrheit angenommen.

Zum Schluss kam die atroxe Ueberrauschung: Die Ausübungsfreiheit hatte ursprünglich beantragt, die Stämme wolle beobachten, die als Beschlüsse des Lehrgebungsausschusses ausgeföhrten Anträge anzunehmen und die Regierung zu erinnern, gemäß diesen Beschlüssen alle